DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2020/2126 DER KOMMISSION

vom 16. Dezember 2020

zur Festlegung der jährlichen Emissionszuweisungen an die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021 bis 2030 gemäß der Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 ([1]), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Um die jährlichen Emissionszuweisungen der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021 bis 2030 in den unter die Verordnung (EU) 2018/842 fallenden Sektoren festzulegen, müssen die entsprechenden Berechnungen auf den genauesten verfügbaren Daten beruhen. Daher werden die gesamten Treibhausgasemissionen, die in den Geltungsbereich der Verordnung (EU) 2018/842 fallen und der Kommission von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]) im Jahr 2020 gemeldet wurden, im Anschluss an eine umfassende Überprüfung festgestellt. Diese Überprüfung wurde gemäß Artikel 19 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 von der Kommission mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur durchgeführt und ergab gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/842 überprüfte Treibhausgasemissionsdaten für die Jahre 2005 und 2016 bis 2018.

(2) Ebenso genau wie die überprüften Inventardaten müssen auch die aus dem Unionsregister der überprüften Emissionen ortsfester Anlagen (im Folgenden „Register") hergeleiteten Daten zu den Treibhausgasemissionen aus solchen Anlagen sein, die in den Geltungsbereich der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([3]) fallen, mit der ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union (EU-EHS) eingeführt wurde. Soweit die im Register verzeichneten EU-EHS-Emissionen von 2005 nicht dem derzeitigen Geltungsbereich der Richtlinie 2003/87/EG oder der Verordnung (EU) 2018/842 entsprechen, werden einschlägige Beschlüsse der Kommission ([4]), die gemäß der Richtlinie 2003/87/EG oder der Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([5]) erlassen wurden, sowie die nationalen Zuweisungspläne und der amtliche Schriftverkehr zwischen der Kommission und den jeweiligen Mitgliedstaaten genutzt, um ergänzende Emissionsdaten bereitzustellen.

([1]) ABl. L 156 vom 19.6.2018, S. 26.

([2]) Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 280/2004/EG (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 13).

([3]) Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates (ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32).

([4]) Beschluss 2013/162/EU der Kommission vom 26. März 2013 zur Festlegung der jährlichen Emissionszuweisungen an die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2013 bis 2020 gemäß der Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 90 vom 28.3.2013, S. 106); Durchführungsbeschluss 2013/634/EU der Kommission vom 31. Oktober 2013 über die Anpassungen der jährlichen Emissionszuweisungen an die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2013 bis 2020 gemäß der Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 292 vom 1.11.2013, S. 19); Beschluss (EU) 2017/1471 der Kommission vom 10. August 2017 zur Änderung des Beschlusses 2013/162/EU zur Anpassung der jährlichen Emissionszuweisungen der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2017 bis 2020 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 53).

([5]) Entscheidung Nr. 406/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 136).

(3) Um die Kohärenz der festgelegten jährlichen Emissionszuweisungen mit den für jedes Jahr des Zeitraums 2021-2030 gemeldeten Treibhausgasemissionen zu gewährleisten, müssen die jährlichen Emissionszuweisungen der Mitgliedstaaten unter Verwendung derselben Treibhauspotenzialwerte, die im 5. Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen festgelegt wurden und im Anhang der Delegierten Verordnung (EU) 2020/1044 der Kommission ([6]) aufgeführt sind, in CO_2-Äquivalenten berechnet werden.

(4) Um die jährlichen Emissionsweisungen für die einzelnen Mitgliedstaaten für das Jahr 2030 entsprechend den Treibhausgasemissionsreduktionen zu berechnen, die für das Jahr 2030 gegenüber den in Anhang I der Verordnung (EU) 2018/842 aufgeführten Emissionswerten von 2005 angestrebt werden, wird eine fünfstufige Methode angewandt.

(5) Als Erstes wird die Menge der Treibhausgasemissionen im Jahr 2005 bestimmt. Von den überprüften gesamten Treibhausgasemissionen des Jahres 2005 wird die Menge der Treibhausgasemissionen von in den Geltungsbereich der Richtlinie 2003/87/EG fallenden ortsfesten Anlagen, die im Jahr 2005 bestanden, abgezogen. Für Mitgliedstaaten, die erst seit 2005 oder danach am EHS teilnehmen, gilt die im Beschluss 2013/162/EU für 2005 festgelegte Emissionsmenge. Der Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie 2003/87/EG im Jahr 2013 wird dadurch Rechnung getragen, dass für die entsprechende im Durchführungsbeschluss 2013/634/EU festgelegte Anpassung der jährlichen Emissionszuteilung für 2020 gemäß der Entscheidung Nr. 406/2009/EG der Wert berechnet wird, der dem Jahr 2005 entspricht. Gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2018/842 sind bei dieser Berechnung auch zwischen 2005 und 2012 erfolgte Änderungen in Bezug auf unter die Richtlinie fallende Anlagen in Übereinstimmung mit dem Beschluss (EU) 2017/1471 zu berücksichtigen.

(6) Als Zweites wird für jeden Mitgliedstaat die jährliche Emissionszuweisung für das Jahr 2030 berechnet, indem der in Anhang I der Verordnung (EU) 2018/842 festgelegte Prozentsatz auf den berechneten Emissionswert für 2005 angewandt wird.

(7) Als Drittes wird die durchschnittliche Menge der unter die Verordnung (EU) 2018/842 fallenden Treibhausgasemissionen jedes Mitgliedstaats in den Jahren 2016, 2017 und 2018 berechnet, indem die durchschnittliche Menge der überprüften Treibhausgasemissionen aus ortsfesten Anlagen, die in den Jahren 2016, 2017 und 2018 in dem jeweiligen Mitgliedstaat unter die Richtlinie 2003/87/EG fielen, und die CO_2-Emissionen des inländischen Luftverkehrs von den überprüften durchschnittlichen gesamten Treibhausgasemissionen für die Jahre 2016, 2017 und 2018 abgezogen werden.

(8) Als Viertes werden die jährlichen Emissionszuweisungen für die einzelnen Mitgliedstaaten für die Jahre 2021 bis 2029 berechnet. Sie werden auf der Grundlage eines linearen Minderungspfads festgelegt, der ausgehend von der durchschnittlichen Menge für die Jahre 2016, 2017 und 2018 bei fünf Zwölfteln der Zeitachse von 2019 bis 2020 beginnt und mit der jährlichen Emissionszuteilung für das Jahr 2030 endet. Für Griechenland, Kroatien und Ungarn beginnt der lineare Minderungspfad im Jahr 2020, da dies zu einer niedrigeren Zuweisung für diese Mitgliedstaaten führt.

(9) Als Fünftes werden die sich ergebenden Mengen der jährlichen Emissionszuweisungen angepasst. EU-EHS-Zertifikate für Treibhausgasemissionen aus ortsfesten Anlagen, die gemäß Artikel 27 der Richtlinie 2003/87/EG und auf Antrag der Mitgliedstaaten bei der Kommission gemäß diesem Artikel aus dem EU-EHS ausgeschlossen sind, fallen somit, soweit sie gemäß der genannten Richtlinie ab 2021 von der EU-Emissionsobergrenze ausgenommen sind, in den Geltungsbereich der Verordnung (EU) 2018/842. Anschließend werden die von der Obergrenze abgezogenen Mengen zu den jährlichen Emissionszuweisungen der betreffenden Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2021 bis 2030 hinzugerechnet. Die in Anhang IV der Verordnung (EU) 2018/842 vorgesehene Menge der Anpassung wird der jährlichen Emissionszuweisung für das Jahr 2021 jedes in diesem Anhang aufgeführten Mitgliedstaats hinzugerechnet.

(10) Die nach Verringerung der EU-EHS-Zertifikate für bestimmte Mitgliedstaaten verbleibenden Gesamthöchstmengen, die gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2018/842 zwischen 2021 und 2030 für die Compliance-Kontrolle eines Mitgliedstaats berücksichtigt werden können, werden durch Anwendung der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 6 Absatz 3 der genannten Verordnung mitgeteilten Prozentsätze auf die berechneten Treibhausgasemissionsmengen für 2005 ermittelt.

(11) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für Klimaänderung —

([6]) Delegierte Verordnung (EU) 2020/1044 der Kommission vom 8. Mai 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Werte für Treibhauspotenziale und die Inventarleitlinien und im Hinblick auf das Inventarsystem der Union sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 666/2014 der Kommission (ABl. L 230 vom 17.7.2020, S. 1).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Mengen der Treibhausgasemissionen jedes Mitgliedstaats für das Jahr 2005 gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/842 sind in Anhang I dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 2

Die jährlichen Emissionszuweisungen für jeden Mitgliedstaat für jedes Jahr des Zeitraums 2021 bis 2030 gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/842, die gemäß Artikel 10 der Verordnung angepasst wurden, sind in Anhang II dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 3

Die Gesamtmengen gemäß Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/842, die für die Compliance-Kontrolle eines Mitgliedstaats gemäß Artikel 9 der Verordnung berücksichtigt werden können, sind in Anhang III dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 16. Dezember 2020

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG I

Mengen der Treibhausgasemissionen jedes Mitgliedstaats für das Jahr 2005 gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/842

Mitgliedstaat	Menge der Treibhausgasemissionen für 2005 in Tonnen CO_2-Äquivalent
Belgien	81 605 589
Bulgarien	22 326 386
Tschechien	64 965 295
Dänemark	40 368 089
Deutschland	484 694 619
Estland	6 196 136
Irland	47 687 589
Griechenland	62 985 180
Spanien	241 979 192
Frankreich	401 113 722
Kroatien	18 056 312
Italien	343 101 747
Zypern	4 266 823
Lettland	8 597 807
Litauen	13 062 124
Luxemburg	10 116 187
Ungarn	47 826 909
Malta	1 020 601
Niederlande	128 112 158
Österreich	56 991 984
Polen	192 472 253
Portugal	48 635 827
Rumänien	78 235 752
Slowenien	11 826 308
Slowakei	23 137 112
Finnland	34 439 858
Schweden	43 228 505

ANHANG II

Jährliche Emissionszuweisungen für jeden Mitgliedstaat für jedes Jahr des Zeitraums 2021 bis 2030 gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2018/842, angepasst gemäß Artikel 10 der Verordnung

Mitgliedstaat	Angepasste Menge der jährlichen Emissionszuweisung in Tonnen CO_2-Äquivalent									
	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Belgien	71 141 629	69 130 741	67 119 852	65 108 964	63 098 075	61 087 187	59 076 298	57 065 410	55 054 522	53 043 633
Bulgarien	27 116 956	25 159 860	24 805 676	24 451 491	24 097 307	23 743 123	23 388 939	23 034 755	22 680 571	22 326 386
Tschechien	65 984 531	60 913 974	60 283 497	59 653 019	59 022 541	58 392 064	57 761 586	57 131 109	56 500 631	55 870 153
Dänemark	32 127 535	31 293 868	30 460 202	29 626 535	28 792 868	27 959 201	27 125 535	26 291 868	25 458 201	24 624 534
Deutschland	427 306 142	413 224 443	399 142 745	385 061 046	370 979 348	356 897 650	342 815 951	328 734 253	314 652 554	300 570 856
Estland	6 223 937	6 001 620	5 925 247	5 848 875	5 772 502	5 696 129	5 619 756	5 543 384	5 467 011	5 390 638
Irland	43 479 402	42 357 392	41 235 382	40 113 372	38 991 362	37 869 352	36 747 342	35 625 332	34 503 322	33 381 312
Griechenland	46 227 407	46 969 645	47 711 883	48 454 122	49 196 360	49 938 598	50 680 836	51 423 075	52 165 313	52 907 551
Spanien	200 997 922	198 671 005	196 344 088	194 017 170	191 690 253	189 363 335	187 036 418	184 709 500	182 382 583	180 055 665
Frankreich	335 726 735	326 506 522	317 286 309	308 066 096	298 845 883	289 625 670	280 405 456	271 185 243	261 965 030	252 744 817
Kroatien	17 661 355	16 544 497	16 576 348	16 608 198	16 640 049	16 671 899	16 703 749	16 735 600	16 767 450	16 799 301
Italien	273 503 734	268 765 611	264 027 488	259 289 365	254 551 242	249 813 118	245 074 995	240 336 872	235 598 749	230 860 626
Zypern	4 072 960	3 980 718	3 888 477	3 796 235	3 703 993	3 611 752	3 519 510	3 427 269	3 335 027	3 242 785
Lettland	10 649 507	8 854 834	8 758 222	8 661 610	8 564 998	8 468 386	8 371 774	8 275 162	8 178 551	8 081 939
Litauen	16 112 304	13 717 534	13 488 659	13 259 784	13 030 909	12 802 033	12 573 158	12 344 283	12 115 408	11 886 533
Luxemburg	8 406 740	8 147 070	7 887 400	7 627 731	7 368 061	7 108 391	6 848 721	6 589 052	6 329 382	6 069 712
Ungarn	49 906 277	43 342 400	43 484 478	43 626 556	43 768 634	43 910 712	44 052 791	44 194 869	44 336 947	44 479 025
Malta	2 065 044	1 239 449	1 187 854	1 136 258	1 084 663	1 033 068	981 473	929 878	878 282	826 687
Niederlande	98 513 233	96 677 516	94 841 800	93 006 083	91 170 366	89 334 649	87 498 932	85 663 215	83 827 498	81 991 781
Österreich	48 768 448	47 402 495	46 036 542	44 670 589	43 304 636	41 938 683	40 572 729	39 206 776	37 840 823	36 474 870
Polen	215 005 372	204 376 828	201 204 624	198 032 420	194 860 216	191 688 012	188 515 807	185 343 603	182 171 399	178 999 195
Portugal	42 526 461	40 821 093	40 770 978	40 720 863	40 670 748	40 620 633	40 570 518	40 520 403	40 470 288	40 420 173

Rumänien	87 878 093	76 914 871	76 884 391	76 853 912	76 823 433	76 792 954	76 762 474	76 731 995	76 701 516	76 671 037
Slowenien	11 403 194	11 107 762	10 991 138	10 874 515	10 757 891	10 641 268	10 524 644	10 408 021	10 291 397	10 174 774
Slowakei	23 410 477	21 151 422	21 052 577	20 953 731	20 854 886	20 756 040	20 657 195	20 558 350	20 459 504	20 360 659
Finnland	28 840 335	27 970 110	27 099 886	26 229 661	25 359 436	24 489 212	23 618 987	22 748 762	21 878 538	21 008 313
Schweden	31 331 358	30 731 996	30 132 635	29 533 273	28 933 911	28 334 550	27 735 188	27 135 826	26 536 464	25 937 103

ANHANG III

Gesamtmengen gemäß Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/842, die für die Compliance-Kontrolle eines Mitgliedstaats gemäß Artikel 9 der Verordnung berücksichtigt werden können

Mitgliedstaat	Gesamtmenge in Tonnen CO_2-Äquivalent
Belgien	15 423 456
Dänemark	8 073 618
Irland	19 075 035
Luxemburg	4 046 475
Malta	204 120
Österreich	11 398 397
Finnland	6 887 972